

II-14396 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6987 13

1994-07-14

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits, Freundinnen und Freunde

an den Außenminister

betreffend die mangelhafte Information der Beamten des Innenministeriums über die Menschenrechtssituation in Zaire

In negativen Asylbescheiden zweiter Instanz, die von Beamten des Innenministeriums im Namen des Bundesministers für Inneres verfaßt werden, finden sich in letzter Zeit immer wieder äußerst fragwürdige Beurteilungen der politischen Situation in Verfolgerstaaten.

Offensichtlich handelt es sich bei den Behauptungen des Innenministeriums zur Situation in Verfolgerländern um Textbausteine, die je nach Staat aufgerufen werden.

Zur Situation in Zaire findet sich in den Bescheiden des Innenministeriums folgender Textbaustein: *"Aus diversen offiziellen Berichten ist der Berufungsbehörde bekannt, daß seit dem 24. April 1990 das Mehrparteiensystem in Zaire eingeführt wurde und daß bereits über 200 Parteien gegründet und auch gesetzlich anerkannt worden sind. Seit dem 24. April kann keine Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei, Volks- oder Religionsgemeinschaft behauptet werden"*.

Diese Behauptungen stehen in klarem Widerspruch zu den Wahrnehmungen von Amnesty International. Über Zaire berichtet die Menschenrechtsorganisation im Jahresbericht 1994 unter anderem: *"Zahllose politische Gegner von Präsident Mobutu Sese Seko wurden ohne Anklageerhebung und Gerichtsverfahren inhaftiert; bei vielen von ihnen handelte es sich um gewaltlose politische Gefangene...Folterungen und Mißhandlungen an Gefangenen waren weit verbreitet. Es trafen erneut Berichte über das "Verschwindenlassen" von Personen ein. Das Schicksal zahlloser in den Vorjahren "verschwundener" Regierungsgegner blieb weiterhin ungeklärt. Der Machtkampf zwischen Präsident Mobutu und seinen Gegnern führte zu einer Eskalation der politischen Gewalt und hatte die Lähmung der Wirtschaft des Landes und den fast totalen Zusammenbruch von Recht und Ordnung zur Folge...."*

Auf sechs weiteren Seiten berichtet Amnesty International über die Verfolgung, Folterung und willkürliche Exekution von Menschen aufgrund ihrer Partei-, Volks- und Religionszugehörigkeit.

Da die vollständige und richtige Information der entscheidenden Behörden in Asylverfahren entscheidend für Leben oder Tod von Asylwerbern sein kann, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

### **ANFRAGE:**

1. Über welche Berichte bezüglich der Menschenrechtssituation und der allgemeinen politischen Situation in der Republik Zaire verfügt das Außenministerium?
2. Decken sich die Wahrnehmungen des Außenministeriums mit den Wahrnehmungen des Innenministeriums oder mit jenen von Amnesty International?
3. Werden die Wahrnehmungen des Außenministeriums dem Innenministerium als "diverse offizielle Berichte" oder in anderer Form zur Verfügung gestellt?
4. Teilen Sie die Auffassung des Innenministeriums, wonach in Zaire nach der Einführung eines "Mehrparteiensystems" seit dem 24. April (1990) "keine Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei, Volks- oder Religionsgemeinschaft behauptet werden" könne.